



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

An die Abgeordneten
der Bremischen Bürgerschaft

Auskunft erteilt
Burckhard Radtke/
Burkhard Winsemann

Telefon (0421) 361 2215
Fax (0421) 496 2215

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
3-07

Bremen, den 18. Nov. 2013

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu den Entwürfen für die Haushalte 2014/2015 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft!

Mit den Entwürfen für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2014/2015 setzt der Senat seine Politik fort, alle öffentlichen Aufgaben dem Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse unterzuordnen. Diese Politik führt zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger Bremens sowie auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die bremischen Beamtinnen und Beamten mussten Einkommenseinbußen hinnehmen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie die Qualität der Aufgaben, die für das Gemeinwesen erbracht werden, wurden verschlechtert.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen verbessern


Die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde sind nach wie vor einerseits durch unzureichende Steuereinnahmen und andererseits durch die aus einer langjährigen verfehlten Steuerpolitik des Bundes resultierenden hohen Zinsausgaben geprägt. Vor diesem Hintergrund unzureichender Einnahmen steht die Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Konkurrenz zu anderen verfassungsrechtlichen Vorgaben wie Sozial- und Rechtsstaatgebot oder aus dem Artikel 33 des Grundgesetzes. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats besteht angesichts der strikten Orientierung an der Schuldenbremse die Gefahr, dass andere wichtige verfassungsmäßige Ziele den Kürzeren ziehen. Es ist notwendig, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Bremen die zur Bewältigung seiner Aufgaben notwendigen Mittel aus eigener Kraft und in der Regel ohne zusätzliche Kreditaufnahme aufbringen kann. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine Lösung der Altschuldenproblematik. Neue

Seite 1 von 4

Knochenhauerstr. 20/25

28195 Bremen

Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

 nach telefonischer Absprache

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schlüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor



Maßstäbe für die Finanzverteilung im Rahmen der föderalen Finanzverfassung können nur dann auf Dauer tragfähig sein, wenn die notwendigen Ausgaben, insbesondere die Zinsausgaben, auf einem vergleichbaren Niveau liegen. Der Gesamtpersonalrat begrüßt daher Initiativen, die Altschulden der Länder und Kommunen bundesweit in einem Fonds zu bündeln und abzufinanzieren.

Darüber hinaus erachtet es der Gesamtpersonalrat als notwendig, die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden nachhaltig zu erhöhen und dabei zugleich mehr Verteilungsgerechtigkeit bei der Besteuerung zu verwirklichen. Deshalb unterstützt der Gesamtpersonalrat insbesondere die bisherigen Bemühungen des Senats, mit entsprechenden Bundesratsinitiativen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer sowie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer zu erreichen. Der Gesamtpersonalrat geht davon aus, dass der Senat auch die zukünftige Bundesregierung und den 18. Deutschen Bundestag mit solchen Initiativen begrüßen wird.

Hinsichtlich der eigenen Spielräume zur Erhöhung der Steuereinnahmen ist nach wie vor festzustellen, dass Bremen diese nur teilweise ausschöpft. Der Grunderwerbsteuersatz sowie die Hebesätze der Grundsteuer und Gewerbesteuer wurden bzw. werden erhöht. Demgegenüber bleiben erhebliche Potentiale zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen ungenutzt, weil die Steuerverwaltung - wie alle anderen Bereiche des bremischen öffentlichen Dienstes auch - unzureichend mit Personal ausgestattet ist. Insbesondere die im Jahresbericht der Steuerverwaltung veröffentlichten Zahlen zur Entwicklung der Betriebsprüfungen sind beunruhigend. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, müssen der Personalabbau beendet und zusätzlich schnell neue Betriebsprüfer eingestellt werden, da die lange Ausbildung erst nach einigen Jahren Verbesserungen bringen kann.

Volle Teilhabe an der Einkommensentwicklung auch für die Beamtinnen und Beamten

Mit dem Beschluss, den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst erneut nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, haben der Senat und die Bremische Bürgerschaft die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wieder zur Haushaltsentlastung herangezogen. Die Proteste und die Empörung, wie auch die bislang bereits erfolgten ca. 6.000 Widersprüche veranschaulichen sehr deutlich, dass die betroffenen Beamtinnen und Beamten, aber auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, in hohem Maße mit der durch die Einkommensentwicklung vermittelten geringen Wertschätzung unzufrieden sind. Es wird sehr deutlich, dass die Verärgerung und die Enttäuschung bei allen betroffenen Besoldungsgruppen hoch sind. Die Beamtinnen und Beamten lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Sie erwarten eine faire Bezahlung, mehr Wertschätzung und ernsthafte Beteiligungsprozesse.

Aller Voraussicht nach werden die in den Haushalten 2014/2015 veranschlagten Mittel für die Tarif- und Besoldungssteigerungen nicht ausreichen, um die Einkommensentwicklung im bremischen öffentlichen Dienst zu finanzieren. Eine ausreichende Einkommensentwicklung hat jedoch deshalb eine hohe Bedeutung, da gegenüber der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit dem Jahre 2000 eine um 10 % bis 20 % geringere Entwicklung im öffentlichen Dienst stattgefunden hat. Den Beamtinnen und Beamten wurden darüber hinaus weitere Sonderopfer zugemutet.

Für den Gesamtpersonalrat ist diese Entwicklung nicht akzeptabel. Es darf keine weitere Abkoppelung des bremischen öffentlichen Dienstes vom Rest der Republik stattfinden. Vorschläge, die Einkommensentwicklung über viele Jahre mit einem Prozentsatz festzuschreiben, der wohl sogar noch unterhalb der Inflationsrate liegt, sind nicht hilfreich.

Personalabbau beenden

Auch für die kommenden Jahre sehen die Haushaltsentwürfe eine Fortschreibung der nunmehr seit 20 Jahren andauernden Personalkürzungen durch PEP-Quoten vor. Der Gesamtpersonalrat nimmt dies mit Bedauern zur Kenntnis, nachdem zuvor aus entsprechenden Äußerungen verantwortlicher PolitikerInnen der Eindruck entstanden war, dass zumindest die Methode des Personalabbaus in Frage gestellt würde.

In immer mehr Dienststellen hat sich durch den fortgesetzten Personalabbau ein erheblicher Personalmangel ergeben, über den auch der Senat nicht mehr hinwegsehen kann. Dies erklärt die im Vergleich zu früheren Haushalten hohe Zahl an Korrekturen der Personalzielzahlen in etlichen Dienststellen. In anderen Bereichen sind durch die andauernden PEP-Quoten nominelle „Personalüberhänge“ entstanden, die jetzt zum Teil ebenfalls korrigiert werden.

Die Bereiche, in denen jetzt die Personalzielzahlen korrigiert werden sollen, sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Selbst in diesen Dienststellen wäre für eine gute Aufgabenerledigung und für gute Arbeitsbedingungen mehr Personal erforderlich. In allen Dienststellen des Bremischen öffentlichen Dienstes steht zu wenig Personal für die zu erledigenden Aufgaben zur Verfügung. Ein Anhaltspunkt dafür kann insbesondere die Entwicklung der Mehrarbeitsstunden sein, die sich auf den Arbeitszeitkonten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angesammelt haben. Es gelingt immer weniger, angefallene Mehrarbeitsstunden durch Freizeitgleichgewicht wieder abzubauen, wie es in der Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit vorgesehen ist. Aus mehreren Dienststellen sind in jüngster Zeit Bestrebungen bekannt geworden, hohe Mehrarbeitsstunden schlicht zu kappen und auszubuchen. Darin kommt erneut eine eklatante Missachtung des hohen Engagements der Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck. Ungeachtet der rechtlichen Fragwürdigkeit eines solchen Vorgehens warnt der Gesamtpersonalrat den Senat und die Dienststellenleitungen eindringlich davor, das Engagement der Beschäftigten für ihre Aufgaben überzustrapazieren.

Der Senat und die Bremische Bürgerschaft können sich nicht länger davor drücken, dass sie Aufgaben und Dienstleistungen ebenfalls entschlossen und über entsprechende Zielzahlen gesteuert abbauen müssen: Das heißt geringere Öffnungszeiten, weniger sozialer Ausgleich, weniger Bildung und Wissenschaft, weniger Sicherheit, weniger Steuergerechtigkeit, weniger staatliche Steuerung - kurz: weniger öffentliche Dienstleistungen.

Der Gesamtpersonalrat fordert dies jedoch ausdrücklich nicht, da er öffentliche Aufgabewahrnehmung und einen modernen und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst für unverzichtbar für unser Gemeinwesen und unsere Demokratie hält. Es wäre jedoch die erforderliche Konsequenz des fortgesetzten Personalabbaus.

Gesundheitsmanagement

Der Gesamtpersonalrat hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die jahrzehntelangen pauschalen Personalkürzungen durch PEP dazu führen, dass die öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr in vollem Umfang oder in der gewünschten Qualität erbracht werden können. Die Verantwortung hierfür liegt bei der Politik. Letzten Endes führt jedoch die pauschale Vorgabe von PEP-Quoten dazu, dass das Verantwortungsgefühl für die Aufgabewahrnehmung auf die Beschäftigten abgewälzt wird. Somit erscheint die Aufgabenlast für jeden einzelnen/für jede einzelne als scheinbar individuelles Problem (Klaus Peters „Wie Krokodile Ver-

trauen schaffen“¹). Ganz gleich, ob die Beschäftigten versuchen, die Mangelsituation durch Mehrarbeit zu bewältigen oder den Konflikt zwischen fehlender Zeit und ihren eigenen fachlichen Ansprüchen an ihre Arbeit mit sich herumtragen: Solche Arbeitsbedingungen machen krank. Vor diesem Hintergrund können hohe Fehlzeiten in besonders belasteten Bereichen im bremischen öffentlichen Dienst nicht verwundern.

Arbeit muss gesund erhalten. Sorgen bereitet dem Gesamtpersonalrat, dass in vielen Dienststellen schlichtweg die Zeit und das Personal für ein wirkungsvolles Gesundheitsmanagement fehlen. Auch sind in vielen Bereichen keine erkennbaren finanziellen Ressourcen für das Gesundheitsmanagement eingestellt worden. In keiner Dienststelle darf es „am Geld“, also an erforderlichen Ressourcen, scheitern, dass angemessene präventive Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen ergriffen werden. Dabei müssen auch die Mittel für eine betriebliche Wiedereingliederung berücksichtigt werden.

Mehr Ausbildung und Neueinstellungen

Der Gesamtpersonalrat fordert, deutlich verstärkte Haushaltsmittel für einen entschiedenen Personalausbau durch Ausbildung, unbefristete Übernahmen und Neueinstellungen vorzusehen. In einem ersten Schritt müssen für alle ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen Nachbesetzungen gesichert werden. Zusätzlich muss das Personal in Abhängigkeit von den zu erledigenden Aufgaben wieder aufgestockt und Personalzielzahlen angemessen gestaltet werden. Dazu sind sie an - auch neuen - gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedarfen (z. B. Flüchtlinge, Altersarmut, demografische Entwicklung) und an guten Arbeitsbedingungen zu orientieren.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende

¹ <http://hphome.sharepoint.com/Pages/Krokodil.aspx>